

Alles nach Rostock

Dritter Norddeutscher Wirtschaftstag: Unternehmer fordern bessere Zusammenarbeit in der Hanseregion

ROSTOCK Der Wirtschaftsrat der CDU in Mecklenburg-Vorpommern fordert eine Konzentration der Wirtschaftspolitik des Landes auf die Stadt Rostock. „Darauf muss MV seine Politik ausrichten. Alle anderen Landesteile profitieren davon auch. Wir müssen uns nicht um die einzelnen Kuchenstücke balgen, sondern gemeinsam überlegen, wie wir eine größere Torte backen“, sagte Landesvorsitzender Andreas Mau gegenüber unserer Redaktion im Vorfeld des heute startenden 3. Norddeutschen Wirtschaftstages in Rostock, zu dem die Landesverbände Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und MV eingeladen haben. Thema: „Hanseregion: Innovation, Wachstum und Wohlstand“.

Globalisierung, die immer engere Verflechtung des europäischen Wirtschaftsraumes und der bevorstehende Wandel in der deutschen Energiepolitik böten der deutschen Nordregion große wirtschaftliche Chancen, die auf drei Podien diskutiert werden sollen, so Mau. Man wolle Ländergrenzen überwinden und sich besser vernetzen. „Der Süden Deutschlands spricht mit einer Stimme und macht das geschickt. Die setzen ihre Interessen durch und gucken mitunter mit einem Lächeln auf den norddeutschen Raum. Wenn wir im internationalen Wettbewerb bestehen wollen, dann nur als Norddeutschland zusammen“, sagte der Landesvorsitzende.

Ein Beispiel sei ein gemeinsames Energiekonzept, um so besser Gehör in Berlin zu finden. „Es kann nicht sein, dass Hamburg oder Schleswig-Holstein

bei diesem wichtigen Thema keinen Blick auf MV richten“, sagte Mau. Man setze auch auf den Umstieg auf regenerative Energien, halte den Zeitplan dafür aber für sehr ehrgeizig. Deswegen dürfe nicht die Umwelt der wichtigste Punkt sein. „Wir müssen Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit beachten.“ Auch die norddeutschen Häfen könnten miteinander stark sein, schon weil unter ihnen auf Grund unterschiedlicher Ausrichtungen keine große Konkurrenz bestehe - zu Rotterdam aber sehr wohl.



Andreas Mau
Landesvorsitzender

„Wenn wir eine gemeinsame Wirtschaftspolitik hinkriegen, hätten wir schon sehr viel gekonnt.“

Das sieht der Geschäftsführer der Hafen-Gesellschaft Rostock, Ulrich Bauermeister, der auch mit im Podium sitzt, ähnlich. Während Rostock auf Massengut, die Ostsee und Zentral- bzw. Osteuropa setze, konzentriere sich Hamburg auf die Containerschiffahrt und die Nordsee. Ein wesentliches Interesse aller norddeutschen Häfen läge auf der Hinterlandentwicklung. Deshalb gelte es auch, die so genannte Ahrensburger Liste, die 19 prioritäre Infrastrukturmaßnahmen für den Norden enthält und mit den Ministerpräsidenten abgestimmt ist, gemeinsam in Berlin durchzusetzen: „Da dürfen wir uns nicht auseinanderdividieren lassen“, sagte Bauermeister. Jedes einzelne Bundesland

alleine sei zu schwach dafür. Der Geschäftsführer nannte als Beispiel den Ausbau der Autobahn A 14. Da haben die Häfen Lübeck, Wismar, Rostock und sogar die Hamburger etwas davon, wenn die Transporte nicht im Stau stecken. Die Flaschenhalse auszuweiten ist unser gemeinsames Ziel.“

Die Politik indes bewege sich beim Thema norddeutsche Zusammenarbeit noch zu langsam, betonte Wirtschaftsratsvorsitzender Mau schließlich. „Es ist zwar ein Anfang gemacht und die Politik hat erkannt, dass Zusammenarbeit im Norden nötig ist. Aber die Geschwindigkeit ist sehr gering und die Themen kommen nicht ausreichend zur Sprache“, meinte er. Die Ballungszentren entwickelten sich so rasant, dass die Gefahr bestehe, den Anschluss zu verlieren. Eben darauf wolle man mit dem Norddeutschen Wirtschaftstag auch aufmerksam machen. Hinzu komme, dass Mecklenburg-Vorpommern oft unterschätzt werde. Dass das Land aber besser sei als sein Ruf, könne man in Rostock deutlich machen.

Die Idee des Wirtschaftstages sei es aber vor allem, „nicht von der maximalen Idee auszugehen, sondern pragmatisch von unten nach oben zu arbeiten“, betonte Mau. Soll heißen: Ein gemeinsames norddeutsches Bundesland steht derzeit nicht auf der Agenda der Unternehmer. „Wenn wir eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik hinkriegen würden, hätten wir schon sehr viel gekonnt. Außerdem ist es ohnehin schwierig, diese Fläche von einem zentralen Standort aus zu verwalten.“

Uwe Reißweber